

Beschwerde gegen Federer und andere Schweizer Promis

Zürich Haben Tennis-Ass Roger Federer, Mode-Influencerin Xenia Tchoumitcheva und Mountbikerin Jolanda Neff auf Instagram Schleichwerbung betrieben? Das jedenfalls wirft die Stiftung für Konsumentenschutz (SKS) ihnen und weiteren Persönlichkeiten vor, wie die Sendung «10 vor 10» gestern berichtete. Der Konsumentenschutz habe bei der Lauterkeitskommission, einer Selbstregulierungs-Organisation der Werbebranche, Beschwerde erhoben. «Gerade Prominente haben grossen Einfluss auf ihre zum Teil sehr jungen Follower», sagte SKS-Geschäftsleiterin Sara Stalder. Deshalb sei wichtig, dass Werbung auf Social Media klar definiert werde.

Der Anwalt von Roger Federer etwa antwortete «10 vor 10», er sei überzeugt, dass die Beschwerden abgewiesen würden. Federer nutze seine Social-Media-Accounts «authentisch und spontan», um mit seinen Fans zu kommunizieren. Zudem würde er die Öffentlichkeit stets transparent über seine Sponsoringtätigkeit informieren. Die Lauterkeitskommission wird in den nächsten Wochen ihr Urteil fällen. Sanktionsmöglichkeiten hat sie keine. *(red)*

Auf die Kirschen – fertig, los!



Brauchtum Wenn in Zug die Chriesigloggä der Kirche St. Michael läutet und Menschen mit Leitern durch die Altstadt rennen, sind die Kirschen reif. Gestern fand der traditionelle Chriesisturm statt.

Foto: Alexandra Wey (Keystone)

Mafia-Boss aus Gefängnis geflohen

Montevideo Rocco Morabito, einer der gefährlichsten Clan-Chefs der italienischen Mafia 'Ndrangheta, ist mit drei anderen Häftlingen aus der Haftanstalt in Montevideo getürmt. Das teilte das Innenministerium von Uruguay mit. Die Männer seien über das Dach des Gefängnisses in eine Wohnung des Nachbarhauses eingedrungen, hätten die Bewohnerin bestohlen und seien dann geflohen. Der 52-jährige Morabito war 2017 verhaftet worden und sollte nach Italien ausgeliefert werden. *(sda)*

Kurz notiert

Segelflugzeug-Insassen überlebten nicht

Arbaz VS Aus noch ungeklärten Gründen ist am Sonntag oberhalb von Arbaz im Wallis ein Segelflugzeug abgestürzt. Die Insassen, ein 48-jähriger Walliser und ein 63-jähriger Schweizer, kamen dabei ums Leben.

Unwetter im Val-de-Ruz fordert ein Todesopfer

Dombresson NE Eine Frau, die beim schweren Unwetter im Val-de-Ruz in ihrem Auto eingeklemmt gefunden worden war,



Boris Becker mit dem Wimbledon-Pokal am 6. Juli 1986. Foto: Getty Images

Der Hammer fällt am 11. Juli, das steht nun fest. Und seit gestern Abend können Angebote erreicht werden. Wie wäre es mit einem Tennisschläger? Der Rahmen trägt die Initialen BB, ein Griffband des einstigen Inhabers ist noch umwickelt. Oder mit dem Silberpokal namens Renshaw-Cup? Einen solchen hatte bis 1989 der Sieger des Grand-Slam-Turniers in Wimbledon erhalten. Einem Paar Schweissbänder oder Socken? Oder einem Replikat der «hässlichsten Salatschüssel der Welt»? So wird die Trophäe im Davis-Cup genannt. All diese nicht wirklich funktionalen, dafür geschichtssträchtigen Objekte können jetzt bei der Auktion des britischen Auktionshauses Wyles Hardy erworben werden. Und dann gehört einem ein Stück aus dem Leben von Boris Becker.

Dieses Mal hat der frühere Tennisprofi das drohende Unheil nicht abwenden können. Ein Londoner Konkursgericht hatte Becker am 21. Juni 2017 für zahlungsunfähig erklärt, seitdem hält das Thema Gerichte auf Trab wie einst Beckers Hechtsprünge und Jubelfäuste die Tenniswelt. Viele, viele Millionen besass der heute 51-Jährige einmal, und es ist ein Rätsel (selbst wenn man sein turbulentes Privatleben berücksichtigt), dass sich noch vor seinem 50. Geburtstag etwa ein

Dutzend Gläubiger meldeten und mehr als 60 Millionen Euro einforderten. Kampfbereit wie früher auf dem Platz wehrte sich Becker, manche Runde gewann er. Vor einem Jahr sollten erstmals persönliche Stücke von ihm verkauft werden, um Bares für die Gläubiger aufzutreiben. Per einstweiliger Verfügung konnte

Beckers Anwalt die Aktion stoppen, mit dem Argument, sie sei demütigend.

Der damals gedruckte Katalog mit 81 Wertgegenständen hat jetzt wieder Gültigkeit: Denn Beckers Insolvenzverfahren war nicht nach zwölf Monaten, wie nach britischem Recht üblich, eingestellt, sondern verlängert worden. Zu unklar war dem Gericht doch vieles gewesen.

Beckers Anwalt wollte sich zuletzt nicht zur Auktion äussern. Dafür sprach der Direktor des Auktionshauses. «In Grossbritannien ist das Rasenturnier eine grosse Sache», sagte Terry Madden dieser Zeitung. «Um den Wert unserer Vermögensgegenstände zu maximieren, müssen wir das in der Rasentennissaison über die Bühne bringen. Es wäre ja unsinnig, Tennis-Erinnerungsstücke während der Fussballsaison anzubieten.» Am 11. Juli, wenn der Hammer fällt, läuft noch das Wimbledon-Turnier. Boris Becker wird wieder im All England Club sein. Als Kommentator für die BBC.

Zwei Eurofighter abgestürzt – ein Pilot stirbt

Schwerin Beim Absturz von zwei Kampffjets der Luftwaffe im deutschen Bundesland Mecklenburg-Vorpommern ist einer der beiden Piloten ums Leben gekommen. Der zweite überlebte das Unglück am Montag und wurde verletzt in ein Spital gebracht. Die beiden Flugzeuge stiessen bei Luftkampfübungen zusammen. Ein Jet fiel am Ortsrand der Gemeinde Nossentiner Hütte auf eine freie Fläche. Der andere Eurofighter stürzte nahe der zehn Kilometer entfernten Ortschaft Jabel in ein Waldstück. Es war das schwerste Unglück der Bundeswehr in Deutschland seit Jahren.

Die Eurofighter seien nicht bewaffnet gewesen, teilte die Luftwaffe auf Twitter mit. Die Jets gehörten zum Luftwaffengeschwader 73 Steinhoff, das bei Rostock stationiert ist. Seine Hauptaufgabe ist die Ausbildung der deutschen Eurofighter-Piloten. Bei Bedarf ist das Geschwader gemeinsam mit zwei anderen Jagdverbänden auch für die Sicherung des deutschen Luftraums zuständig. *(sda)*

Nach sieben Morden: Lebenslänglich für Armeeoffizier

Nikosia Auf Zypern wurde gestern ein 35-jähriger Mann zu siebenmal lebenslänglicher Haftstrafe verurteilt. Das Gericht befand den Hauptmann der Nationalgarde für schuldig, fünf Frauen und zwei Kinder getötet zu haben, wie das zyprische Staatsfernsehen berichtete. Der Mann, der die Taten zuvor gestanden hatte, habe um Entschuldigung gebeten und hinzugefügt, er habe keine Erklärung für sein Handeln.

Die für Zypern beispiellose Mordserie hatte in den vergan-

genen zwei Monaten die Mittelmeerinsel erschüttert. Die Leichen der Opfer waren nach und nach in zwei Baggerseen, einem Brunnen und einem Bergwerksschacht entdeckt worden.

Der Täter konnte unentdeckt seit 2016 seine Opfer ermorden. Das sei auch der Untätigkeit der Behörden geschuldet, kritisierten viele Medien auf Zypern. Bei den Opfern handelt es sich um fünf Haushaltshilfen aus Asien und Rumänien, von denen je zwei eine Tochter hatten. *(sda)*

Scheinwerfer

Angelina Jolie (44) will nicht, dass ihre Kinder heimlich ihren Vater Brad Pitt (55) besuchen. Darum hat die US-Schauspielerin ihre Töchter **Shiloh** (13) und **Zahara** (14) seit neustem mit Ringen ausgestattet, die eine GPS-Funktion haben. Über eine App kann die Mutter nun jederzeit die Bewegungen ihrer Kinder verfolgen. «Brangelina» befinden sich



Foto: Jason Szemes (EPA)

seit mehr als zwei Jahren im Rosenkrieg und streiten sich um das Sorgerecht für ihre gemeinsamen Kinder. *(gho)*

Am Wochenende haben das US-Model **Karlie Kloss** (26) und der 34-jährige Geschäftsmann **Joshua Kushner** eine Art Wildwesthochzeit gefeiert. An der Party auf einer Luxusranch im Bundesstaat Wyoming waren auch Sängerin **Katy Perry** und Schauspieler **Orlando Bloom** dabei. Es war das zweite Hochzeitstreffen von Kushner-Kloss. Das Paar hat vor acht Monaten bei einer jüdischen Zeremonie in New York offiziell geheiratet. Kushners älterer Bruder **Jared** ist mit **Ivanka Trump** verheiratet, der Tochter des amtierenden US-Präsidenten. *(gho)*



Foto: Silas Stein (Keystone)

«Verdammt, ich lieb dich»-Sänger **Matthias Reim** (61) liest jeden Morgen eine Stunde lang Zeitung – und ärgert sich dabei sehr. «Immer häufiger kann ich nur noch den Kopf schütteln», sagte er der Deutschen Presse-Agentur. Sein Stimmungskiller: die «Erzpopulisten», die in dieser «schwierigen, komischen Welt» an der Macht seien. Er räte allen Menschen, sich politisch zu bilden und diesen Leuten nicht auf den Leim zu gehen. *(red)*

Polizei warnt Schildkröte

Miami Weil sie den Verkehr auf einer Landstrasse mit ihrer langsamen Fortbewegung behindert hatte, ist eine riesige Schildkröte in Florida «verwarnt und festgesetzt» worden, wie das Sheriff-Büro mitteilte. Der Polizeichef-Stellvertreter machte ein Selfie von sich und der «Verhafteten» und entliess das Tier danach in die Freiheit. Die unter Naturschutz stehende Gopherschildkröte sei zuvor mehrfach aufgefordert worden, die Strasse im County St. John zu verlassen. *(red)*

Basel Stadt Land Region

«Die Veranstalter sollen die Kosten bezahlen»

Demonstration Nach der «Basel nazifrei»-Kundgebung vom Samstag und wegen des versprayten Waisenhauses ist die Politik verärgert über die Zurückhaltung der Polizei. CVP und SVP wollen die Kosten auf die Bewilligungsnehmer abwälzen.

Mischa Hauswirth

Samstagnachmittag, kurz vor 17 Uhr. Eine Gruppe Vermummter versprät am Schluss der «Basel nazifrei»-Demonstration die Fassade des Basler Waisenhauses (die BaZ berichtete). Obwohl das rund 15 Minuten dauert und von vielen Kundgebungsmitgliedern und der Polizei beobachtet wird, greift niemand ein. Auch später bleibt die Sachbeschädigung ohne Konsequenz. Die Staatsanwaltschaft Basel-Stadt sagt auf Anfrage, dass es zu keinerlei Verhaftungen gekommen sei und sie bislang in der Sache kein Verfahren eröffnet habe.

Beim Bürgerlichen Waisenhaus ist das Bedauern gross. Anita Conrad, stellvertretende Leiterin, sagt zur BaZ: «Wir können nicht nachvollziehen, warum unsere Institution mit solchen Parolen verschmiert wird. Wir geben uns sehr Mühe, das denkmalgeschützte Gebäude in gutem Zustand zu halten, und pflegen es mit grossem Einsatz.»

Das Tiefbauamt sei besorgt, die Sprayereien möglichst schnell zu entfernen, sagt Dominik Egli, Leiter Stadtreinigung Basel. «Bei politischen, sexistischen oder rassistischen Slogans leiten wir die Entfernung jeweils sofort in die Wege», so Egli. Die Kosten für die Beseitigung der Sprayereien am Waisenhaus wird der Steuerzahler tragen müssen, sofern keine Täterschaft ermittelt und verurteilt werden kann. «Die Kosten belaufen sich voraussichtlich auf unter 10 000 Franken», sagt Egli.

Strategie der Deeskalation

Durch den Vorfall ist die Diskussion neu aufgeflammt, ob die Polizei nicht hätte intervenieren müssen, zumal die Polizei mit einem grösseren Aufgebot einsatzbereit gewesen wäre. Die Kantonspolizei Basel-Stadt



Die Schmierereien sollen so rasch wie möglich beseitigt werden. Kostenpunkt: gegen 10 000 Franken für den Steuerzahler. Foto: Mischa Hauswirth

wehrt sich gegen den Vorwurf, bei solchen Ereignissen prinzipiell wegzuschauen. «Selbstverständlich schreitet die Kantonspolizei nach Möglichkeit konsequent ein, wenn sie Sprayerrinnen und Sprayer in flagranti erwisch», sagt Martin Schütz, Sprecher des Justiz- und Sicherheitsdepartements Basel-Stadt. «Wie wir schon wiederholt öffentlich ausgeführt haben, müssen dabei immer auch und namentlich bei Einsätzen in grösseren Personengruppen nicht zuletzt mit Blick auf die Allgemeinheit die möglichen Folgen einer Intervention sowie der Eigenschutz bedacht werden.»

Die Polizei hat am Samstag die Strategie der Deeskalation verfolgt. Zur Umsetzung des Vermummungsverbot hat die

Kantonspolizei in einem Kommissionsbericht im Dezember 2018 Stellung genommen und durchblicken lassen, dass sie nichts davon hält. «Beim Vermummungsverbot ist die Praxis der Polizei sehr zurückhaltend, denn die Polizei kann nicht auf einzelne Vermummte Personen in einem grossen Pulk zugreifen, da sonst die Gefahr von Ausschreitungen bestünde», heisst es. «Das Vermummungsverbot könne in der Praxis deshalb oft nicht gehandelt werden.»

Beim Tatbestand Vermummungsverbot habe es im vergangenen Jahr zwölf Fälle gegeben, die aber alle ohne eigentliche Sanktionen geblieben seien. Das Vermummungsverbot ist vom ehemaligen Regierungsrat Karli Schnyder (DSP) eingeführt

worden, auch gegen den Widerstand der Polizei. 1990 hatte eine Mehrheit des Stimmvolkes es mit 70 Prozent angenommen, dies als Reaktion auf Demonstrationen in den 1980er-Jahren, bei der es immer wieder zu massiven Ausschreitungen gekommen war, vor allem mit Vermummten.

«Alles andere ist feige»

Das Zulassen von Sprayereien und das Nichtumsetzen des Vermummungsverbot löst bei der Politik unterschiedliche Reaktionen aus. «Solche Sprayereien lenken leider vom gerade aktuell sehr berechtigten Anliegen ab», sagt Pascal Pfister, Präsident der SP Basel-Stadt. Und Harald Friedl von der Grünen Partei sagt, dass Gewalt und Sachbeschädigungen nicht zu Demos

gehören würden und in der Regel kontraproduktiv seien, weil sie Diskussionen auslösten. Die grünliberale Katja Christ sagt, «Demonstrierenden freie Hand bei Sachbeschädigungen zu geben und dies mit Deeskalation zu begründen, ist das falsche Signal.» Das Vermummungsverbot in Basel-Stadt zielt genau darauf ab, dass Menschen, die während einer Demonstration Straftaten begingen, identifizierbar seien, so Christ.

LDP-Präsidentin Patricia von Falkenstein hat zwar Verständnis für die Deeskalationsstrategie der Polizei. Trotzdem könne es nicht sein, dass vor den Augen des Sicherheitsleute eine unerlaubte Sprayerei – und dann noch ausgerechnet am Waisenhaus – ungestört geschehen könne. «Alle,

die sich an etwas stören und dies kundtun, sollen dies mit offenem Visier tun und dazu stehen. Alles andere ist feige.»

Für Luca Urgese, Präsident der FDP Basel-Stadt, ist es «absolut daneben und empörend», dass eine Demo für ein an sich berechtigtes Anliegen – gegen Rechtsextremismus – für eine derartige Sachbeschädigung missbraucht wird. «Dass viele Anwesende teilnahmslos nebenan stehen, statt zu intervenieren», findet er ebenfalls inakzeptabel. «Das Vermummungsverbot hat weiterhin seine Berechtigung und wurde gerade erst bei der Totalrevision des Übertretungsstrafgesetzes bestätigt.»

«Kapitulation vor Chaoten»

CVP-Präsident Balz Herter kann nicht nachvollziehen, warum es Sprayereien braucht und es nicht reicht, hinzustehen und sich gegen Rechtsradikalismus zu positionieren. «Manchmal kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, dass die an den Demos anwesenden linken Politiker Angst um ihre Wiederwahl haben und daher nicht eingreifen», sagt er. Die Polizei sei zudem defensiv unterwegs, weil nach einem Einsatz garantiert kritische Interpellationen von links kommen. Für ihn ist klar: «Die Kosten dieser Schmierereien sollen auf die Bewilligungsnehmer abgewälzt werden.»

Für Eduard Rutschmann, Präsident der SVP Basel-Stadt, ist im Sinne des Verursacherprinzips nur logisch, dass die Bewilligungsnehmer bezahlen müssen. Er wisse, dass viele Polizisten gerne eingegriffen hätten, sagt Rutschmann. «Polizeiführung und Regierungsrat haben versagt. Für mich ist diese Deeskalation eine Kapitulation vor den Chaoten in Basel», so Rutschmann.

Von wegen Flugscham: Immer mehr Passagiere am Euro-Airport

Ferienzeit Trotz Fluglärmkritik und Klimadebatte befindet sich der Flughafen Basel-Mulhouse weiterhin auf Wachstumskurs.

Die neusten Zahlen aus der Statistik des Flughafens Basel-Mulhouse lassen auf keinerlei Auswirkungen der Kritik am Fliegen schliessen. Im Gegenteil: Seit die Klimastreiks im Februar eingesetzt haben, steigen die Wachstumsraten bei den Passagierzahlen prozentual sogar zweistellig. Die Flughafenkritiker haben es schwer. Gegen den Fluglärm kämpfen die Anrainer seit Jahren mit bescheidenem Erfolg. Die Kritik an den Plänen für einen Bahnanschluss laufen ins Leere. Und der Ruf nach einer Plafonierung der Anzahl Flugbewegungen steht im Widerspruch zum Verhalten der Bevölkerung. Flugscham kennen vermutlich nur jene, die schon vor der Klimadebatte keine Flüge gebucht haben.

Neun Prozent mehr Passagiere hat der Euro-Airport bereits in der Jahresbilanz 2018 ausgewiesen: Im Dezember des vergangenen Jahres übertraf der Flughafen die Acht-Millionen-Marke. Die ersten Zahlen des laufenden Jahrs weisen auf keine Trendwende hin: Die neuste Statistik weist für

den Monat April eine Steigerungsrate von 11 Prozent aus, die dritte Steigerungsrate in Folge, die zweistellig ausfällt. Im Monat April nahm die Zahl der Passagiere im Vergleich zum Vorjahr von 736 000 auf 817 000 zu.

Paris entscheidet

Diese Wachstumsrate mag in Anbetracht der breiten Kritik erstaunen. Doch das Wachstum zeigt auch auf, dass die Flughafenbetreiber auf die Kritiken Antworten haben, die ihnen die Fortsetzung des bisherigen Kurses erlauben. Dabei dürfte es auch eine Rolle spielen, dass die wichtigen Entscheide in Paris fallen – und nicht in den beiden Basel, wo die Unzufriedenheit mit dem Euro-Airport und die Klimadebatte am lauteesten sind.

Auf die Kritik an der Überschreitung der zulässigen Lärmwerte vor Mitternacht hat der Euro-Airport immerhin reagiert. Kurzfristig halbiert er die Starts Richtung Süden und stabilisiert die nächtlichen Flugbewegungen. Langfristig strebt er mit



Check-in am Euro-Airport: Zum Ferienbeginn wird ein noch grösserer Ansturm als bisher erwartet. Foto: Pierre Stoffel

einem entsprechenden Gesuch an die französischen Luftfahrtbehörden in Paris einen Verzicht auf Starts nach 23 Uhr an – neben weiteren Massnahmen gemäss neuem französischen Lärmvorsorgeplan. Erklärtes Ziel: Mit den selber eingeleiteten Massnahmen

soll das geforderte totale Flugverbot zwischen 23 und 6 Uhr verhindert werden. Ein solches würde das heutige Betriebsmodell gefährden und den Wegzug von Easyjet provozieren. Selbst der überaus kritisch eingestellte Baselsbieter Landrat ist inzwischen

strategisch auf einen moderaten Kurs umgeschwenkt.

Auch die Opposition gegen den Bahnanschluss verläuft im Sand. Es ist kaum denkbar, dass die geplant S-Bahn dereinst am Euro-Airport ohne Halt vorbeifährt. Nachdem die eidgenössischen Räte den Bahn-Ausbau schritt 2035 beschlossen haben, steht nur noch der entsprechenden Räte der entsprechenden Behörden aus. Die Kritiker bleiben bisher den Beweis schuldig, dass der Verzicht auf die Bahn ökologisch von Vorteil ist.

Corsia-Abkommen

Offensichtlich glauben die Flugpassagiere, wie die neuste Statistik zeigt, auch nicht daran, dass sie mit ihrem Verhalten das Klima retten können. Zwar hat die UNO in ihren Klimadeklarationen von Paris und Katowitz errechnet, dass die Luftfahrt mit einem Anteil von zwei Prozent zum menschenverursachten CO₂-Ausstoss beiträgt. Doch Massnahmen zur Luftfahrt hat die UNO längst eingeleitet: mit

dem Corsia-Abkommen, das die Fluggesellschaften mit einem globalen System zum klimaneutralen Wachstum verpflichtet.

Die französischen Behörden dürften dieses Abkommen zum Anlass nehmen, das Flugregime am Euro-Airport nicht weiter einzuschränken. Und Schweizer Massnahmen bleiben vermutlich wirkungslos: Eine Schweizer Kerosinsteuer oder ein Schweizer Zuschlag auf Flugtickets würden wohl einseitig Genf und Zürich treffen – und Basel-Mulhouse zu einem weiteren Wettbewerbsvorteil verhelfen.

Bereits in den anstehenden Sommerferien rechnet der Euro-Airport gemäss einer letzte Woche verbreiteten Medienmitteilung mit einem neuen Passagierzuwachs. Die Betreiber rechnen mit zehn Prozent mehr Passagieren während der Sommerferien – und investieren eine Million Euro in neue bauliche und organisatorische Massnahmen zur Bewältigung des Ansturms.

Thomas Dähler